

**Philologenverband wirft Ole von Beust vor, das Gymnasium
schlechtzureden!
„Der verkündete Schulfrieden der CDU ist kein Frieden, sondern eine
Kapitulation!“
„Die Zeiten, in denen die Schulpolitik Kinder als Versuchskaninchen
missbraucht, müssen vorbei sein!“**

Verärgert hat sich der DPhV-Bundesvorsitzende Heinz-Peter Meidinger über Falschaussagen des Ersten Bürgermeisters der Stadt Hamburg, Ole von Beust, in einem heutigen Interview mit dem Deutschlandfunk geäußert.

„Inzwischen scheint Herr von Beust fast vollständig die ideologisch gefärbte Sicht seiner Primarschul-Bündnispartner, der Grünen sowie der Linken übernommen zu haben. Besonders ärgerlich ist, dass er sich einerseits als Retter des Gymnasiums ausgibt, es aber auf der anderen Seite schlechtredet, indem er fälschlicherweise behauptet, Kinder aus Brandenburg und Berlin hätten nach Klasse 6 der Grundschule bessere Lernfortschritte gemacht als Kinder auf dem Gymnasium. Das Gegenteil ist wahr.“

Der Verbandschef zweifelte auch die Behauptung des Bürgermeisters grundsätzlich an, er wolle das Gymnasium erhalten: „Jemand, der wie von Beust gestern im Wahlkampf das Gymnasium ab Klasse 5 verteidigt hat, heute nun plötzlich die angeblichen Vorteile des so genannten längeren gemeinsamen Lernens über den grünen Klee lobt, wird morgen auch die Daseinsberechtigung einer begabungsgerechten Differenzierung mit Gymnasien in Frage stellen. Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht ...“

Zum einstimmigen Beschluss der Hamburger Bürgerschaft gegen das Volksbegehren erklärte Meidinger: „Das ist kein Friedensbeschluss, kein Schulfrieden, sondern die Kapitulation der Hamburger CDU vor dem Marsch von SPD, Grünen und Linken in die Einheitsschule. Ziel ist ein den Bürgern übergestülptes Zwangsmodell ohne Wahlfreiheit.“

Es werde jetzt, so der Philologenverbandschef, in Hamburg beim Volksentscheid einen Kampf David gegen Goliath geben, die Auseinandersetzung zwischen einer Volksinitiative ohne eigene Organisationsstruktur und Finanzkraft und einer Koalition aus DGB-Gewerkschaften und Parteien mit unbegrenzten Geldmitteln. Trotzdem bestehe eine gute Chance, ein für alle Mal deutlich zu machen, dass die Zeit vorbei ist, wo Parteien die Schulpolitik zu Zwangsexperimenten auf dem Rücken der Eltern und der Kinder als Versuchskaninchen missbrauchten!

Berlin, den 4. März 2010

Eva Hertzfeldt
Pressesprecherin